

Stand: 02.05.2026 09:00:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/436

"Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung I - Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes - Qualifiziertes Personal für eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/436 vom 23.01.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3146 des SO vom 01.10.2014
3. Beschluss des Plenums 17/3466 vom 15.10.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 15.10.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung I Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes – Qualifiziertes Personal für eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die von der Staatsregierung im September beschlossene Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes bleibt weit hinter den Erwartungen der Fachöffentlichkeit und den Anforderungen an eine qualitativ hochwertige, inklusive frühkindliche Bildung zurück. Anstatt einer grundlegenden Verbesserung der Rahmenbedingungen, bringt die Neuregelung der Ausführungsverordnung für die Einrichtungsträger einen erhöhten administrativen Aufwand und an einigen Stellen sogar eine Verschärfung der Fördervoraussetzungen mit sich. Den Trägern werden neue Aufgaben zugewiesen und die Ansprüche an das pädagogische Personal werden erhöht, ohne für eine entsprechende Refinanzierung zu sorgen. Der große Erfahrungsschatz und das Engagement der freien und kommunalen Träger wurden nicht genutzt, um die notwendigen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung in Bayern zu schaffen. Es besteht deshalb ein akuter politischer Handlungs- und Korrekturbedarf.

Der Landtag fordert die Staatsregierung aus diesem Grund auf, die folgenden Änderungen in der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (AVBayKiBiG) umzusetzen:

1. Die **Definition pädagogischer Fachkräfte** wird in § 16 Abs. 2 AVBayKiBiG auf weitere Berufsgruppen wie Sonderpädagoginnen und -pädagogen,

Psychologinnen und Psychologen, Kindheitspädagoginnen und -pädagogen, Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger, Logopädinnen und Logopäden oder Ergotherapeutinnen und -therapeuten ausgeweitet sowie Grundschullehrerinnen und -lehrer im Bereich Kindergärten.

2. Die Möglichkeit der **Kinderbetreuung durch qualifizierte Tagespflegepersonen** in den sogenannten Randzeiten nach dem neuen § 16 Abs. 5 wird zurückgenommen. (Streichung von § 16 Abs. 5 AVBayKiBiG)
3. Der **empfohlene Anstellungsschlüssel** in § 17 Abs. 1 AVBayKiBiG wird von 1:10 auf **1:9** angehoben.
4. Der **Gewichtungsfaktor für behinderte** oder von Behinderung bedrohte **Kinder** soll zukünftig bei der **Berechnung der Fachkraftquote** berücksichtigt werden. (Streichung von § 17 Abs. 2 Satz 2)
5. Die **Erhöhung der Buchungszeitfaktoren** für Kinder unter drei Jahren und für Kinder mit Sprachförderbedarf in § 25 AVBayKiBiG sollte auch **bei der Ermittlung des Anstellungsschlüssels und der Fachkraftquote berücksichtigt** werden. § 25 Abs. 1 Satz 4 AVBayKiBiG ist deshalb zu streichen.

Begründung

Das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Frauen hat am 12. September 2013 eine Änderung der Verordnung zur Ausführung des bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (AVBayKiBiG) beschlossen. Obwohl die offizielle Veröffentlichung der Ausführungsverordnung erst am 5. Oktober 2013 erfolgte, trat diese rückwirkend zum 1. September 2013 in Kraft. Die Änderung umfasst eine Vielzahl von Regelungen mit weitreichenden Auswirkungen für die Träger von Kindertageseinrichtungen. Wichtige Hinweise zu einzelnen Bestimmungen der AVBayKiBiG, beispielsweise zur neuen Fehlzeitenregelungen nach § 17 Abs. 4, erfolgten erst in einem Newsletter des Ministeriums vom 29. Oktober 2013. Die späte Veröffentlichung, die rückwirkende Inkraftsetzung und die verspäteten Hinweise zur Umsetzung der AVBayKiBiG haben bei den Kitaträgern zu einer erheblichen Verunsicherung geführt. Die Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes ist an vielen Punkten dringend korrekturbedürftig, ansonsten drohen Kitaträgern, Eltern und Kindern erhebliche Nachteile.

Umsetzung der Inklusion ermöglichen

Angesichts des Auftrags zur Umsetzung der Inklusion in bayerischen Kindertagesstätten müssen die Voraussetzungen zur Installierung multiprofessioneller Teams geschaffen werden. Hierfür sollte die Definition der anerkannten pädagogischen Fachkraft in § 16 Abs. 2 AVBayKiBiG neben den Heilerziehungspflegerinnen bzw. -pfleger, und Heilpädagoginnen bzw. -pädagogen auf weitere Berufsgruppen wie Sonderpädagoginnen und -pädagogen, Psychologinnen und Psychologen, Grundschullehrerinnen und -lehrer, Logopädinnen und Logopäden oder Ergotherapeutinnen und -therapeuten ausgeweitet werden. Diese Ausweitung gilt nicht nur für integrative Kindertageseinrichtungen, sondern für alle Kindertagesstätten. Insgesamt müssen die notwendigen personellen Voraussetzungen für die Umsetzung der Inklusion geschaffen und finanziell abgesichert werden.

Der Gewichtungsfaktor für behinderte Kinder in § 17 Abs. 2 AVBayKiBiG sollte zukünftig auch in die Berechnung der Fachkraftquote einfließen. Gerade die Umsetzung der Inklusion und die Betreuung behinderter Kinder erfordert einen verstärkten Einsatz qualifizierter Kräfte. Eine „Inklusion light“ lehnen wir ab.

Bedarfsgerechte Öffnungszeiten mit Fachpersonal möglich machen

Die in § 16 Abs. 5 AVBayKiBiG vorgesehene Randzeitenbetreuung durch qualifizierte Tagespflegepersonen ist pädagogisch höchst problematisch, da gerade in den angeführten Zeiten vor 9:00 Uhr und nach 16:00 Uhr der meiste Elternkontakt stattfindet und den Kindern der häufige Wechsel der Bezugspersonen nicht zugemutet werden kann. Deshalb sollte auch zu den angegebenen Zeiten unbedingt Fachpersonal in der Einrichtung anwesend sein. Längere Öffnungszeiten mit evtl. geringerer Auslastung müssen durch einen Finanzierungsbonus oder eine öffnungszeitenbezogene Grundsicherung abgesichert werden.

Mehr Fachpersonal für eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung

Der empfohlene Anstellungsschlüssel in § 17 Abs. 1 AVBayKiBiG muss auf 1:9 verbessert werden. Während der förderrelevante Mindeststellenschlüssel seit Einführung des BayKiBiG im Jahr 2005 von 1:12,5 auf 1:11 verbessert wurde, blieb der empfohlene Anstellungsschlüssel konstant bei 1:10. Am empfohlenen Anstellungsschlüssel orientiert sich im Regelfall die Finanzierung durch die Gemeinden. Um den Kitaträgern einen Anreiz zur Verbesserung der Qualität und des Personaleinsatzes zu geben, muss der empfohlene Anstellungsschlüssel unbedingt angehoben werden. Davon unbenommen fordern wir auch weiterhin eine Erhöhung des förderrelevanten Anstellungsschlüssels auf 1:10.

Die Erhöhung der Buchungszeitfaktoren für Kinder unter drei Jahren und für Kinder mit Sprachförderbedarf in § 25 AVBayKiBiG sollte auch bei der Ermittlung des Anstellungsschlüssels und der Fachkraftquote berücksichtigt werden. Nur so ist gewährleistet, dass die Erhöhung der Buchungszeitfaktoren tatsächlich auch zu einer Verbesserung der Qualität in den Kitas führt. Grundsätzlich halten wir die Erhöhung des Buchungszeitfaktors um 0,15 Prozent für Kinder unter drei Jahren für unzureichend und bleiben bei unserer Forderung, den Gewichtungsfaktor für Kinder unter drei Jahren nach Art. 21 Abs. 5 BayKiBiG auf 3,0 zu erhöhen. Außerdem fordern wir eine grundsätzliche Neuberechnung des Basiswerts um den erhöhten Ansprüchen an das Personal und die Qualität der Kindertagesstätten gerecht zu werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/436

**Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung I
Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes - Qualifiziertes Personal für eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 10. Juli 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 1. Oktober 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Angelika Weikert
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganse-
rer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/436, 17/3146

**Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung I
Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kin-
derbildungs- und -betreuungsgesetzes – Qualifiziertes Personal
für eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Doris Rauscher

Abg. Christine Kamm

Abg. Steffen Vogel

Abg. Gabi Schmidt

Staatsministerin Emilia Müller

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe die **Listennummern 4** und **31** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung I

Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes - Qualifiziertes Personal für eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung (Drs. 17/436)

und

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u. a. (SPD)

Beste Bildung - von Anfang an III:

Verbesserung der Gewichtungsfaktoren nach Art. 21 Abs. 5 BayKiBiG (Drs. 17/2160)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Ich darf als Erster Frau Kollegin Rauscher das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um die Uhrzeit kann man schon fast von bester Sendezeit sprechen – beste Sendezeit für interessante Themen, weil es bei dem Antrag um Ihre Kinder, um Ihre Enkelkinder geht.

- Sandmännchen ist schon vorbei. Schön, dass Sie immer noch hier sitzen und nicht ins Bett mussten. - Es geht um das Thema frühkindliche Bildung, um beste Bildung von Anfang an. Deswegen interessiert es Sie bestimmt alle, auch wenn es schon spät ist.

Es ist nicht nur ein Thema, das der vorliegende Antrag beschreibt, sondern ein Thema, mit dem sich meine Fraktion aus Grundüberzeugung auseinandersetzt, und

nicht nur meine Fraktion, sondern alle Experten aus dem Bereich frühkindliche Bildung. In der Kita – das dürfte Ihnen bekannt sein – wird der Grundstein für gelingende Entwicklung der Kinder gelegt. Es besteht ein direkter Zusammenhang von Qualität der frühkindlichen Bildung in unseren Kitas und späteren schulischen und beruflichen Erfolgen. Das ist keine Erfindung meiner Fraktion, sondern das ist durch unterschiedliche Studien belegt, dass es sogar auf den beruflichen Erfolg Auswirkungen hat, wie der Grundstein in der frühkindlichen Bildung gelegt wird.

Weil das eben so ist, haben wir uns entschieden, wenigstens einen unserer Anträge vom Juni aus dem Sozialausschuss, aus unserer Sicht einen zentralen Antrag, nochmals hier im Plenum zu platzieren. Wir brauchen zwingend eine Verbesserung. Wir brauchen beste Qualität in allen Kitas, aber vor allem in den Krippen; denn das, was Kinder in den ersten Lebensjahren erfahren, ist prägend für ihr ganzes Leben.

(Beifall bei der SPD)

Das darf nicht unterschätzt werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jetzt gilt es, dementsprechend verantwortungsvoll zu handeln; denn die Schere zwischen dem Erforderlichen und dem tatsächlich Machbaren geht in der Praxis ziemlich weit auseinander. Wir alle, wie wir hier sitzen - und es sind ja doch noch einige –, sind verantwortlich, jetzt die Weichen für die Jüngsten richtig zu stellen und uns auf die Verschiedenheit und die Besonderheit, auf die Vielfalt in unseren Kitas und in unseren Krippen einzulassen.

Krippenausbau allein reicht nicht. Qualitätsausbau ist absolut erforderlich. Um das gewährleisten zu können, braucht es neben zahlreichen weiteren Faktoren auch finanzielle Mittel, um den Bildungs- und Betreuungserfolg sicherzustellen für uns, für die Kinder und für die Eltern.

Gerade die Kleinsten brauchen eine zeitintensivere, aufwendigere Betreuung. Sie binden mehr Zeit des pädagogischen Fachpersonals. Auch bei Kindern mit Behinderung oder drohender Behinderung, bei Kindern mit Beeinträchtigung ist eine intensivere Begleitung der individuellen Entwicklungsprozesse maßgeblich wichtig, und das nimmt Zeit in Anspruch. Dieser unterschiedliche Aufwand muss über die Gewichtungsfaktoren im BayKiBiG endlich angemessen abgebildet und ordentlich refinanziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Trotz dieser Feststellung wurden seit 2005 mit der Einführung des BayKiBiG die Gewichtungsfaktoren nicht angehoben. Eine ehemalige Kollegin von der CSU-Landtagsfraktion hat einmal gesagt, dass das BayKiBiG immer als Gesetz gedacht war, das atmen muss. Nur muss ich leider dem Patienten eine schlechte Gesundheit attestieren. Die Lungenfunktion des BayKiBiG ist wirklich bedrohlich schlecht. Sie hat sich nämlich bezüglich der Gewichtungsfaktoren nicht verändert, bezüglich des Basiswertes minimal, aber auch nicht so, dass man wirklich eine gute Gesundheit attestieren könnte. Ein Vergleich zeigt: Die entsprechenden Ausgaben im Freistaat Bayern liegen deutlich niedriger als in anderen Bundesländern. Die Bertelsmann-Stiftung hat einen Unterschied von 600 Euro pro Kind unter sechs Jahren im Bundesdurchschnitt bestätigt. Deswegen ist es an der Zeit, zunächst einmal wenigstens an den Gewichtungsfaktoren zu schrauben, um eine Differenzierung gerade in diesem sensiblen Altersbereich auf den Weg zu bringen. Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kleinsten, und zwar von Anfang an, müssen dem Freistaat endlich mehr wert sein. Es ist Zeit! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Unterstützung unseres Antrags zum Wohle der Jüngsten.

Noch ein paar Takte zu dem Antrag der GRÜNEN-Fraktion: Wir haben im Ausschuss bereits vorberaten. Leider können wir dem Antrag nicht zustimmen. Die Forderungen gehen nach unserem Empfinden nicht weit genug. Ein Beispiel: Wir wollen nicht lediglich den empfohlenen Anstellungsschlüssel, sondern auch den gesetzlich vorgeschrie-

benen Anstellungsschlüssel verbessern. Das bewegt uns dazu, dem Antrag in dieser Fassung nicht zuzustimmen.

Meine Redezeit ist um. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Rauscher, wir legen mit unserem Antrag einen realistischen, machbaren Vorschlag zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung vor. Wir stehen mit unserem Antrag auch gegen den Stillstand bei der Verbesserung der Betreuung in den Kindertagesstätten.

Wir fordern die Bildung multiprofessioneller Teams und eine spezielle Förderung für das Erzielen besserer Leistungen. Es geht uns aber auch um eine bessere Förderung generell, insbesondere durch Verlängerung der Öffnungszeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der empfohlene Anstellungsschlüssel muss von derzeit 1 : 10 auf 1 : 9 verbessert werden.

Wenn die Gewichtungsfaktoren erhöht werden, muss dies unmittelbar zu einer Veränderung des Stellenschlüssels führen. Die Veränderung des Gewichtungsfaktors allein hilft nicht weiter, wenn es darum geht, dass mehr Zeit da sein soll, sich um die Kinder zu kümmern.

An dieser Stelle möchte ich es in aller Kürze bewenden lassen. Allerdings weise ich noch einmal darauf hin, dass mit der Planungssicherheit für die Träger der Einrichtungen im Argen liegt. Im vergangenen Jahr ist eine umstrittene Fehlzeitenregelung getroffen worden, die vielen Einrichtungen sehr große Probleme bereitet hat. Der Sozial-

ausschuss des Bayerischen Landtags hat die Umsetzung quasi ausgesetzt und der Staatsregierung aufgegeben, bis zum Beginn dieses Kindergartenjahres eine verbesserte Fehlzeitenregelung auf den Weg zu bringen. Wir müssen leider feststellen, dass dies immer noch nicht geschehen ist. Die Einrichtungen wissen immer noch nicht genau, wie sie ihr Personal zu kalkulieren haben und welche Konsequenzen die Fehlzeitenregelung hat. Das ist wirklich ungut. Das Mindeste, was die Träger der Einrichtungen verdient haben, ist Klarheit der Rahmenbedingungen; diese haben sie bisher nicht.

Wir haben heute intensiv über Flüchtlinge diskutiert. Auch an dieser Stelle ein Satz dazu: Es kommt vor, dass Flüchtlingsfamilien in einen Ort kommen und dort plötzlich ein erhöhter Bedarf an Kindergartenplätzen vorliegt. Für einen kurzen Zeitraum wird die Gruppengröße vielleicht überschritten. Die Einrichtungen brauchen Klarheit, wie sie damit umgehen sollen, wenn in einem Übergangszeitraum zwei oder drei Kinder mehr da sind als vorgesehen. Kurzfristig sind die Rahmenbedingungen zu verbessern, mittelfristig ist der Anstellungsschlüssel zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Vogel das Wort. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Anträge hochgezogen worden sind und wir uns heute im Hohen Haus zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode mit dem Thema Kinderbildung und -betreuung auseinandersetzen.

Zum einen geht es um unsere junge Generation und damit um Bayerns Zukunft. Zum anderen habe ich jetzt die Möglichkeit, zum ersten Mal in diesem Haus zu sprechen.

(Allgemeiner Beifall – Zurufe von der CSU: Bravo! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihn müsst ihr öfter ranlassen! Er macht sich gut!)

- Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns im sozialpolitischen Ausschuss bereits im Juli mit einer Vielzahl von Themen im Zusammenhang mit dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz auseinandergesetzt; Frau Rauscher hat es angesprochen. Aber frei nach der Devise: "Was interessiert mich Fachkräftemangel, was interessieren mich Finanzen?" wurden Anträge mit einem Gesamtvolumen von 770 Millionen Euro jährlich gestellt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nicht von uns!)

Allein die Realisierung des Antrags der SPD-Fraktion würde Kosten von 261 Millionen Euro jährlich verursachen. 261 Millionen Euro! Ich sage Ihnen: Wir als CSU-Fraktion haben die beste Bildung für unsere Kinder im Blick.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Im Blick schon, aber nicht realisiert!)

Wir sehen es aber auch als unsere Verantwortung der nächsten Generation gegenüber an, eine generationengerechte Haushaltspolitik zu betreiben, sodass diejenigen, die betreut werden, nicht auf Schulden sitzen bleiben, sondern Chancen haben. Deshalb lehnen wir als CSU die Finanzierung der Betreuung auf Pump ab.

(Beifall bei der CSU)

Frau Rauscher, Sie haben sich über die "Lungenfunktion" des BayKiBiG Gedanken gemacht. Ich stelle fest - voller Selbstbewusstsein! -: In Bayern war die Betreuungssituation für unsere Jüngsten nie besser als heute.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Als das BayKiBiG in Kraft getreten ist, lag der Anstellungsschlüssel bei 1 : 12,5, mittlerweile liegt er bei 1 : 11. Der Zahl der pädagogischen Fachkräfte, insbesondere der Erzieherinnen, ist seit dem Jahr 2006, also in einem Zeitraum von acht Jahren, um 68,5 % gestiegen. Bei den Kinderpflegerinnen und -pflegern beträgt die Steigerung in diesem Zeitraum 47 %, sodass wir feststellen können: Im Vergleich zu 2006 sind

heute 57 % mehr pädagogisches Personal in unseren Kindertageseinrichtungen tätig. Das ist ein großer Erfolg, den wir uns nicht kaputtreden lassen.

(Beifall bei der CSU)

Die Zahlen zeigen, dass Bayern kraftvoll in die Betreuung unserer Jüngsten investiert.

Wir müssen allerdings feststellen - das gehört zur Wahrheit dazu -, dass in vielen Orten Bayerns nach wie vor Fachkräftemangel herrscht. Viele Kommunen, viele Träger suchen händeringend Erzieherinnen und Erzieher zur Betreuung der Kleinsten. Wir haben in Ballungsräumen wie München beispielsweise die Situation – das ist nachzulesen –, dass Öffnungszeiten gekürzt werden, weil man nicht das notwendige Personal hat. Einrichtungen sind zwar gebaut worden, können aber nicht in Betrieb genommen werden, weil die nötigen Fachkräfte fehlen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr müsst sie besser bezahlen!)

In dieser Situation den Personalbedarf der Träger bzw. der Gemeinden zu erhöhen - wenn sie ihn nicht decken, verlieren sie die komplette staatliche Förderung -, halte ich für unseriös und unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin Vater eines Sohnes von eineinhalb Jahren.

(Zurufe von allen Fraktionen: Bravo!)

Ich weiß, dass mein kleiner Bub in der Kita mehr als das Doppelte an Betreuungsaufwand genießt als meine Tochter, die fünf Jahre alt ist. Das ist klar. Deshalb strebt die CSU mittelfristig einen stärkeren Gewichtungsfaktor für Kinder unter drei Jahren an. Wir können aber den Fachkräftemangel nicht wegdiskutieren. Würden wir den Antrag der SPD umsetzen, würden wir damit die Kinderkrippen und unsere Träger verpflichten, sofort ein Drittel mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Frau Rauscher, erklären Sie einmal dem Oberbürgermeister von München, dass er ein Drittel mehr Personal in

München braucht. Oder erklären Sie in Ebersberg: Ab nächstem Jahr braucht ihr ein Drittel mehr Personal. Viel Spaß dabei!

(Beifall bei der CSU)

Die CSU geht einen anderen Weg. Der verlässliche Basiswert wird aufgrund der Regelanpassung in diesem Jahr auf über 1.000 Euro steigen. Die CSU-Landtagfraktion hat beschlossen, die Beitragsentlastung auszusetzen und stattdessen dieses Geld 1 : 1 den Trägern zur Verfügung zu stellen, damit sie genügend Mittel haben, um das Personal, wenn es verfügbar ist, einzusetzen. So können die Anstellungs- und die Personalquote verbessert werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Steffen Vogel (CSU): Wir vertrauen unseren Trägern. Schon heute liegt der Anstellungsschlüssel bei 1 : 9,12. Das bedeutet, wir brauchen überhaupt nicht diese große Verbesserung von 1 : 10 auf 1 : 9, weil wir bereits jetzt in Bayern faktisch 1 : 9,1 haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Ich möchte Sie noch einmal an Ihre Redezeit erinnern.

Steffen Vogel (CSU): Wir lehnen den Antrag ab. Warum? – Keine Märchenstunde nach den Sterntalern. Die Fachkräfte fallen nicht vom Himmel. Das Geld fällt nicht vom Himmel. Wir wollen verlässlich sein. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Vogel, ich darf Sie noch einmal ans Rednerpult für eine Zwischenbemerkung bitten.

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege Vogel, ich finde es erstaunlich, wie schlau Sie sind, dass Sie so die Situation in den bayerischen Kitas beurteilen können.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion, seien Sie ruhig laut bei diesem Thema. Aus meiner Sicht ist es fahrlässig, was hier betrieben wird. Ihr Applaus macht das nicht besser, sondern schlimmer.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, es ist nicht angebracht, hier über das Sandmännchen oder so etwas zu reden. Mir ist es zutiefst wichtig, dass wir dieses Thema ernst nehmen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Uns auch!)

Herr Vogel, Sie wissen, dass es hier um einen ganzen Strauß von Maßnahmen ging, die Sie komplett abgelehnt haben.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Weil sie schlecht waren!)

Alles muss immer kostenneutral bewerkstelligt werden. Natürlich leiden wir unter einem Fachkräfteengpass. Sie wissen aber hoffentlich, dass die durchschnittliche Verweildauer von Fachkräften in Kitas bei zwei bis drei Jahren liegt. Als Hauptgrund dafür wird angegeben, dass die Rahmenbedingungen schlecht sind, die Belastungen zu groß sind und die pädagogische Qualität nicht nach den gesetzlichen Vorgaben gewährleistet werden kann. Das sind die Gründe dafür, warum Pädagogen ihr Berufsfeld verlassen. Diese Gründe führen zu dem Fachkräftemangel, der es uns aus Ihrer Sicht nicht ermöglicht, dass wir den Anstellungsschlüssel verbessern und die Gewichtungsfaktoren erhöhen können.

Noch etwas zu den Investitionen: Vielleicht kennen Sie die Studie zum volkswirtschaftlichen Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland von Herrn Fritschi aus dem Jahr 2008. Jeder Euro reinvestiert sich. Wenn wir Kinder heranwachsen lassen, ohne darauf zu achten, dass ausreichend Bindungs- und Bildungskompetenzen entstehen,

werden wir uns in 15 bis 20 Jahren wieder unterhalten, Herr Vogel. Ich bin gespannt, was Sie dann dazu sagen werden.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Steffen Vogel (CSU): Frau Rauscher, vielen Dank für Ihre Zwischenbemerkung. Zunächst zur Erläuterung: Ich bin seit sechs Jahren der Vorsitzende des Trägervereins eines Kindergartens mit über 70 Kindern. Ich weiß, was in den Einrichtungen passiert.

Ich habe Ihnen bereits im sozialpolitischen Ausschuss gesagt: Hören Sie auf, den Erzieherberuf schlechtzureden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Vogel, einen Augenblick, bitte. Lassen wir die Emotionen noch einige Augenblicke laufen. Dann hören wir Herrn Kollegen Vogel wieder zu. Ansonsten bitte ich alle anwesenden Erzieherinnen, dafür zu sorgen, dass wir wieder Ruhe bekommen. Bitte, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Sehr gut, Frau Präsidentin. – Frau Rauscher, weshalb Sie mit Ihren Aussagen unrecht haben müssen: Wir haben heute in Bayern 18.000 Erzieherinnen mehr als im Jahr 2006. Diese leisten eine ganz hervorragende Arbeit.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Damals hatten wir die Betreuung für die Unter-Dreijährigen noch gar nicht!)

Sie können doch nicht sagen, wir hätten keine Erzieherinnen. Unsere Erzieherinnen machen einen ganz hervorragenden Job. Die Tätigkeit mit den Kindern bringt Freude. Ich erlebe das jedes Mal, wenn ich in der Einrichtung bin. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen mit Freude ihrem Beruf nach. Reden Sie das nicht schlecht. Wir haben in Bayern noch nie mehr Erzieherinnen gehabt als heute. Deshalb kann Ihre Aussage nicht richtig sein. Hören Sie auf mit Ihren Behauptungen!

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wir haben heute viel mehr Kinder, die betreut werden!)

Die Fakten sprechen eine andere Sprache.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. Bitte, Frau Kollegin Schmidt. – Ich bitte Sie, Frau Kollegin Schmidt zuzuhören.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Präsidentin, ich habe gedacht, wir würden um diese Uhrzeit einen ruhigen Abgang machen. Ich habe nicht gedacht, dass es noch so temperamentvoll wird.

Herr Kollege Vogel, Sie haben am 10. Juli angekündigt, Sie strebten langfristig die Anhebung der Gewichtungsfaktoren für Kinder unter drei Jahren an. In der letzten Woche haben Sie es geschafft, einen Antrag zu diesem Thema einzubringen. Das war jedoch so eine Art Heiratsschwindelei oder Bigamie nach dem Motto: Schmeiß mich ins Wasser, aber mach mich nicht nass. Sie wollen veränderte Gewichtungsfaktoren kostenneutral erreichen. Bei Ihrer Herdprämie, die wir dafür gut hätten einsetzen können, wurde auch nicht gefragt, was sie kostet. Kein Mensch hat damals bei Ihnen über Kosten gesprochen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Vogel, selbstverständlich haben wir 18.000 Erzieherinnen mehr im Gegensatz zum Jahr 2006. Das ist klar; denn damals haben wir noch nicht so viele Kinderkrippen gehabt. Wenn wir mehr Kinderkrippen haben, brauchen wir auch mehr Erzieherinnen. Wir werden beiden Anträgen zustimmen. Alles, was unsere Kinderbetreuung verbessert, verbessert auch unsere Zukunft; denn wir leben auf Pump zulasten der nächsten Generationen. Da wir gerade beim Thema sind, möchte ich das kindgerecht erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kinder, die wir jetzt betreuen, sind die, die einmal Ihre Rente aufbringen müssen. Dass manche bei Ihnen die Notwendigkeiten von Kinderbetreuung nicht verstehen, damit habe ich kein Problem. Das sind traditionelle Werte. Ich habe jedoch kein Verständnis dafür, dass Gleichaltrige dieses Thema nicht verstehen; denn da gehen die Frauen arbeiten. Sie wollen nicht mit einem Taschengeld hinter dem Herd stehen. Wir wollen, dass die Kinder ordentlich betreut werden. Wir wünschen, dass die Inklusion dabei einkalkuliert wird. Ich wünsche einmal jedem von Ihnen, dass er zehn Kleinkinder am Hals hat ohne einen Anspruch auf Betreuung.

(Michael Hofmann (CSU): Diese Formulierung ist ungeheuerlich, "zehn Kinder am Hals haben"!)

- Ihnen würde ich keine Kinder anvertrauen. Sie wären ausgeschlossen.

Ich muss ganz ehrlich sagen, dass dies nicht das Problem wäre. Ich möchte jetzt auch Schluss machen. Wir waren vorhin bei den Themen Tierschutz und Arbeitsschutz. Bei einer so langen Zeit ohne Essen und Trinken würde der Tierschutz einspringen. Ich möchte es damit bewenden lassen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir werden beiden Anträgen zustimmen. Die Kinder, deren Erziehung Sie auf Pump finanzieren wollen, bezahlen Ihre Renten. Wir können das auch noch bunt aufmalen, damit es jeder versteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt müssen sich die beiden Kollegen einigen, wer die Zwischenfrage stellt. Herr Kollege Vogel, bitte.

Steffen Vogel (CSU): Frau Schmidt, ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie sagen: Ich wünsche Ihnen zehn Kinder am Hals. Ich finde das absolut unpassend. Das disqualifiziert eindeutig den Erzieherinnenberuf.

(Beifall bei der CSU)

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Ich wünsche sie Ihnen an die Beine.

Steffen Vogel (CSU): Ich habe eine Frage.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Antrag der SPD, dem Sie mit Ihrer Fraktion zustimmen wollen, sieht ein Kostenvolumen von 261 Millionen Euro vor. Wie würden Sie den Betrag gerne finanzieren? Würden Sie Schulden aufnehmen, oder würden Sie anderswo Zahlungen reduzieren, etwa für die Breitbandversorgung? Dazu gibt es genug Beispiele.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Herdprämie!

Steffen Vogel (CSU): Das ist eine Sache des Bundes.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dritte Startbahn! Länderfinanzausgleich! – Weitere Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vorhin haben Sie schon sehr freundlich den Vergleich zur Vertreibung gezogen. Noch einmal konkret: Die "Herdprämie" kommt aus Bundesmitteln. Ich hoffe, das wissen Sie.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Das weiß ich.

Steffen Vogel (CSU): Wo würden Sie im bayerischen Staatshaushalt 261 Millionen Euro abzwacken, um damit die Kosten zu finanzieren, die sich aus diesem Antrag ergeben?

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Die Hälfte der Zinsen aus dem Landesbankdesaster!)

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Ich denke jetzt in die Zukunft. Zuerst müssten Sie zustimmen und ein Konzept mitmachen. Dann wird es noch Jahre dauern. Ich gehe davon aus, bis Sie zustimmen, haben wir endlich die Rettung der Landesbank abbezahlt. Aus dem dann verfügbaren Betrag würde ich das Geld nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich muss sagen: Jetzt müssen wir aufpassen, dass wir es nicht überziehen. - Bitte schön, Frau Staatsministerin.

(Beifall bei der CSU)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema kommt spät am Abend und auch noch kurz vor dem Abendessen, wie Frau Schmidt es ausgedrückt hat; aber ich glaube, seine Behandlung ist angebracht. Die finanzielle Ausstattung der bayerischen Kindertageseinrichtungen weiter zu verbessern, ist ohne Zweifel ein Anliegen, das nahezu jeder in der Kinderbetreuung vorbehaltlos unterschreiben kann. Uns allen ist es ein Anliegen, dass unsere Kinder ein Fundament für die Persönlichkeitsentfaltung bekommen, und zwar so früh wie möglich.

Die Anforderungen an die frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung sind gerade in den letzten Jahren noch weiter gestiegen. Inklusion, Integration und der notwendige Erwerb von Basiskompetenzen setzen den Einsatz von hochqualifizierten Erzieherinnen und Erziehern voraus. Diese müssen sich stets weiterbilden. Darin besteht auch unser Ansatz. Erforderlich ist außerdem ein bestmögliches Personal-Kind-Verhältnis.

Dies alles kostet natürlich Geld, das ist gar keine Frage. Daher ist es wichtig, dass der Träger durch die zuständigen bayerischen Kommunen angemessen finanziert wird. Sie sind auf eine auskömmliche Mitfinanzierung durch den Freistaat angewiesen. Schon jetzt trägt in Bayern der Staat den höchsten Finanzierungsanteil im Vergleich zu den Kommunen; er liegt höher als in jedem anderen Bundesland. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamts.

Wir machen hier nicht halt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir planen, die Erweiterung des Beitragszuschusses auf das vorletzte Kindergartenjahr vor der Einschulung zurückzustellen und die Mittel stattdessen für eine weitere Qualitätsverbesserung einzusetzen. Ab dem 1. Januar nächsten Jahres wollen wir jährlich bis zu 63 Millionen Euro zusätzlich für die bayerischen Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CSU)

Die jeweilige Kommune muss in gleicher Höhe mitfinanzieren und erklären, die Mittel für Qualitätsverbesserung einzusetzen. Insgesamt fließen damit bis zu 126 Millionen Euro als sogenannter Basiswertaufschlag zusätzlich in die Einrichtungen. Das geschieht bei einem Ansatz an staatlicher Betriebskostenförderung von jetzt schon über 1 Milliarde Euro.

Ich bin überzeugt, dass dies der richtige Weg ist. Eine Änderung des Gewichtungsfaktors führt zwar grundsätzlich auch zu einer Qualitätsverbesserung, sie schafft aber auch erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Träger. Deshalb prüfen wir gerne einmal nach, wie es denn aussieht. Auf jeden Fall bedeutet es unmittelbar einen hohen Verwaltungsaufwand für die Einrichtungen, wenn man sogar noch einen Gewichtungsfaktor für ADHS-Kinder einführt. Außerdem ist eine Erhöhung der Gewichtungsfaktoren zwangsläufig mit einem höheren Personalbedarf verbunden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber mit weniger Stress für die Einzelnen!)

Stattdessen wollen wir mit dem geplanten Basiswertaufschlag die allgemeine Finanzierungsgrundlage für alle Einrichtungen verbessern. Auf diesem Weg können die Gemeinden und Einrichtungen individuell entscheiden, bei welchen Stellschrauben sie diese Mittel einsetzen. In vielen Fällen wird das den personellen Bereich betreffen. Vorhin ist schon die Aufstockung bei Teilzeitarbeitsverhältnissen angesprochen worden. Weitere Möglichkeiten sind die Entfristung von Arbeitsverhältnissen und die Möglichkeiten, Personal zusätzlich dazu zu nehmen, oder die Freistellung der Einrichtungsleistung. Es kann sich aber auch um neue Ausbildungsstellen und zusätzliches Lern- und Spielmaterial handeln. Bei einer Erhöhung des Gewichtungsfaktors gäbe es diese Flexibilität nicht. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ab. Dieser Antrag zielt auf strenge personelle Vorgaben ab, zum Beispiel auf eine Verschärfung der Fachkraftquote oder des Anstellungsschlüssels.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über das Ziel sind wir uns sicher alle einig. Ich möchte aber den Trägern einen größeren Spielraum einräumen, ohne diesen Spielraum sofort wieder einzuengen. Der allgemeine Basiswert und die Erhöhung lässt den Trägern genügend Luft, die für sie passenden Schritte hin zu einer höheren Betreuungsqualität zu finden. Aus diesem Grund bin ich auch der Auffassung, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht in einer Erhöhung der Gewichtungsfaktoren oder einer Verschärfung der personellen Vorgaben der richtige Weg besteht, sondern in dem geplanten Basiswertaufschlag um bis zu 126 Millionen Euro jährlich.

Sehr geehrte Frau Kollegin Kamm, zu Ihrer Frage zur Fehlzeitenregelung weise ich ergänzend darauf hin, dass die Verordnung zur Aussetzung der Fünftageregelung heute in die Verbändeanhörung gegangen ist. Damit wird für die nächste Zeit Sicherheit gegeben sein. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm möchte eine Zwischenfrage stellen.

Christine Kamm (GRÜNE): Ihre Darlegung führt sofort zu zwei Fragen. Seit dem Beginn des Kindergartenjahrs sind schon einige Wochen ins Land gegangen. Wäre es denn nicht vernünftig gewesen, wenn man diese Fehlzeitenregelungen den Trägern schon Anfang September verbindlich mitgeteilt hätte?

Sie haben dargelegt, dass Sie die Qualität in den Einrichtungen verbessern wollen. Wie erklären Sie sich, dass der bisher einzige Antrag, der in dieser Legislaturperiode zu dem Thema von der CSU-Landtagsfraktion eingebracht worden ist, darauf abzielt, dass die Staatsregierung prüfen soll, wie die Gewichtungsfaktoren sachgerecht und kostenneutral praktisch umgegliedert werden sollen, und letztendlich keine qualitative Verbesserung für alle beinhaltet?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Kamm, ich darf noch einmal ergänzend sagen, dass wir das zum 01.01.2015 vorgesehen haben. Wir haben jetzt eine neue Verrechnung. Deshalb passt es auch besser, den Basiswert zum 01.01.2015 hochzusetzen. Die Aussetzung der Fehlzeitenregelung ist mit den Trägern und kommunalen Spitzenverbänden vereinbart. Das Datum ist auch vereinbart. Infolgedessen gibt es eine klare gemeinsame Abstimmung.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das wussten Sie gestern noch nicht!)

- Das wundert mich. Wir haben in großen Diskussionsrunden und Foren darüber gesprochen, wie wir das weiterführen wollen.

Zum Gewichtungsfaktor habe ich vorhin gesagt: Wir prüfen das noch einmal – gar keine Frage. Uns allen liegt die Qualitätsverbesserung am Herzen. Das wollen wir

ganz einfach umsetzen. Wir wollen verstärkt in den Basiswert investieren, um mehr Flexibilität bei den Trägern zu erreichen. Wir wollen die Sicherheit, dass die Qualität verbessert wird. Deswegen wollen wir das mit den jeweiligen Bürgermeistern vereinbaren.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Rauscher, bitte.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin Müller, ich möchte noch zwei oder drei Punkte bzw. Fragen anschließen. Ursprünglich sind die 63 Millionen Euro, wie Sie sagten, ein Versprechen an die Eltern gewesen. Das wurde zurückgenommen. Die Maßgabe ist, dass die Erhöhung des Basiswerts nur bei gleichzeitiger Kofinanzierung durch die Kommunen erfolgt. Wie positionieren Sie sich dazu, wenn einzelne Kommunen den Basiswert aufgrund klammer Kassen nicht in gleicher Weise erhöhen können? Meine Sorge ist, dass die Qualitätsschere noch weiter auseinanderdriftet und es somit standortabhängig ist, ob die Gelder fließen. Womöglich bekommt ein Träger in der Kommune A den Basiswert in doppelter Höhe, während der gleiche Träger in der Gemeinde B mit klammen Kassen mit null Euro leer ausgeht. Das ist das eine.

Zum anderen würde ich gerne von Ihnen hören, wie Sie zu Folgendem stehen: Eine Differenzierung der Gewichtungsfaktoren im Krippenbereich ist enorm wichtig, weil eine Verteilung der Gelder nach dem Gießkannen-Prinzip durch die Erhöhung des Basiswerts das eine ist. Das ist dringend erforderlich, weil die letzte Erhöhung von neun Euro das Kraut nicht wirklich fett gemacht hat. Letztendlich werden wir aber den schwierigen Standortfaktoren, den U-3-Kindern, den Kindern mit Migrationshintergrund und den Kindern mit drohender Behinderung nicht gerecht, wenn wir bei der Differenzierung der Gewichtungsfaktoren nicht nachbessern. Ich dachte, das wäre klar. Das zeigen auch die Rückmeldungen sämtlicher Verbände.

Wir hatten im Ausschuss mit der CSU-Fraktion eine fachliche Übereinstimmung. Die Geister scheiden sich aber immer bei den Geldern. Durch die Umschichtung der

63 Millionen Euro wird kein Euro mehr für den Bereich U 6 ausgegeben. Das ist ein Verschiebebahnhof. Diesen Punkt kritisiere ich.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Hinsichtlich der Frage zum Gewichtungsfaktor habe ich eben schon Frau Kollegin Kamm erklärt, dass wir das prüfen – gar keine Frage. Derzeit haben wir unterschiedliche Gewichtungsfaktoren. Daran wollen wir nichts verändern. Generell soll noch einmal eine Prüfung erfolgen.

Der nächste Punkt, den Sie angesprochen haben, betrifft den Basiswert. Wie sieht es damit aus? Der Basiswert wird nur dann ausgezahlt, wenn es eine Kofinanzierung bei den Gemeinden gibt. Das ist der Basiswert per se. Der Basiswert setzt die Mitfinanzierung der Kommunen voraus, ansonsten gibt es keine Erhöhung. Das ist eine klare Aussage.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin.

Mit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden wieder getrennt.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/436 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt auf Drucksache 17/3146 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen?

(Unruhe – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wir sind bei den Gegenstimmen!)

Noch einmal: Wer stimmt entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zu? – Das sind die FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Jetzt haben wir es. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/2160 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt auf Drucksache 17/3177 wiederum die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung folgende von der CSU-Fraktion mitgeteilte Ausschussumbesetzungen bekannt. Anstelle der in die Staatsregierung berufenen Frau Staatsministerin Ulrike Scharf werden Frau Staatsministerin a. D. Christine Haderthauer neues Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie und Herr Karl Straub neues Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Außerdem tauschen die Kollegen Markus Blume und Dr. Harald Schwartz ab der 43. Kalenderwoche ihre Ausschusssitze in Petitions- und Gesundheitsausschuss. Herr Markus Blume wird neues Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege. Herr Dr. Harald Schwartz wird neues Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Ich bitte, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22.07 Uhr)